
9229/J XXIV. GP

Eingelangt am 13.09.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Peter Pilz, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Finanzen

betreffend Aufklärung des schwarz-blauen Korruptionssumpfes

BEGRÜNDUNG

Korruption ist der Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil.

So definiert Transparency International den Begriff für den Missstand, der heute unsere Republik beschäftigt.

Unter der Regierung von ÖVP und FPÖ bzw. BZÖ wurde in Österreich ein flächendeckendes System der Korruption errichtet. Die Macht über das Vermögen des Staates, die staatsnahen Betriebe, die Verleihung von Staatsbürgerschaften, die Kontrolle von Banken und die Vergabe von Aufträgen bis hin zur Änderung und Erlassung von Gesetzen wurden systematisch missbraucht - zum eigenen Vorteil, zum Vorteil von Freunden, zum Vorteil von Parteien und immer zum Nachteil der ehrlichen Mehrheit, die nach wie vor zusehen muss, wie ihre Steuergelder in schwarzen und blauen Sümpfen versickern .

ÖVP und FPÖ haben das Jahr 2000 zu Recht als das Jahr der Wende bezeichnet. Im Jahr 2000 fand in Österreich eine der größten Wenden der Nachkriegszeit statt: eine Wende zur Parteibuchwirtschaft, zur Regierungsjustiz, zur Plünderung des öffentlichen Eigentums und zur Korruption.

Der Schaden ist groß. Der finanzielle Schaden geht in die Milliarden. Der Schaden, der in Polizei und Justiz angerichtet wurde, hat den Rechtsstaat in eine schwere Krise geführt. Aber am schwersten wiegt der Schaden am Vertrauen der Menschen in die Regierung, ins Parlament, in die gesamte Politik.

Die Telekom-Affäre ist dabei nur die Spitze des Eisberges. Zu ihr kommen:

- Die Eurofighter-Affäre

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

- Die BUWOG-Affäre
- Die Novomatic-Gesetzeskauf-Affäre
- Die OMV-Schmiergeld-Affäre
- Millionenspekulationen und Beraterhonorare bei den ÖBB
- Die Affären rund um die (versuchten) Käufe von Staatsbürgerschaften
- Uvm.

Bei der Telekom-Affäre zeigen sich jedoch schon viele jener Elemente, welche auch in anderen Bereichen die Politik und Wirtschaft unter der blauschwarzoranigen Regierung geprägt haben.

Gesetzeskauf: Zentraler Punkt der Enthüllungen ist die für die Telekom maßgeschneiderte Universaldienstverordnung, für deren Erlassung im Gegenzug Hubert Gorbach (FPÖ, BZÖ, Ex-Vizekanzler) mit einer 264.000 Euro wertvollen Mitarbeiterin belohnt worden sein soll.

Doch auch Gesetze wurden maßgeschneidert: Auf Intervention des damaligen Bundesligavorstandes Peter Westenthaler (BZÖ, Abgeordneter) sorgte Wolfgang Schüssel (ÖVP, Ex-Bundeschkanzler und Ex-Abgeordneter) für eine Gesetzesänderung, die unter der Vortäuschung einer „Sonderjugendförderung“ dem ÖFB 1 Million Euro brachte.

Der Novomatic Konzern kooperierte eng mit (Ex-)Finanzminister Karl Heinz Grasser (FPÖ, ÖVP, sonstige), um eine Aufweichung des Glücksspielmonopols im Interesse eines Konsortiums, dem auch die Telekom angehörte, zu erreichen. Dazu überwies der Glücksspielkonzern dem Lobbyisten Walter Meischberger insgesamt 450.000 Euro. Dieser Versuch wurde durch die Casinos Austria ihrerseits mit massivem Lobbying abgewehrt: So wurden in diesem Zeitraum 300.000 Euro für ein Scheingutachten der „Orange“ Agentur des BZÖ bezahlt. Die Methode wurde bei den Ministern der Schüssel-Regierungen offenbar so weiterentwickelt, dass Ernst Strasser später daraus ein Geschäftsmodell im EU-Parlament entwickelte: maßgeschneiderte Gesetzesanträge um 100.000 Euro pro Jahr.

Beschaffungen: Ebenso aufklärungsbedürftig ist die Verschiebung des Behördenfunk-Auftrages des Innenministeriums an das Telekom-Motorola-Alcatel Konsortium. 1,1 Millionen Euro soll die Telekom hier an den Schmiergeld-Spezialisten Alfons Mensdorff-Pouilly überwiesen und diese Zahlung in anderen Projekten versteckt haben.

Weitere 2,6 Millionen Euro kassierte Mensdorff-Pouilly von Motorola. Mit dem Projekt betraute Referenten im Kabinett Strasser wechselten zu Tetron und zu Alcatel, wo bereits Harald Himmer (ÖVP, Vizepräsident des Bundesrates) Generaldirektor ist.

Eine der von Mensdorff-Pouilly benutzten Briefkastenfirmen, die Valurex in Panama, taucht auch in den Ermittlungen um die Bestechung rund um die Eurofighter Beschaffung auf. Aber bis heute will der zuständige Staatsanwalt Kronawetter trotz Vorliegen von offensichtlichen Scheinrechnungen nicht wissen, wo die Leistung von Rumpold für EADS um insgesamt 6,5 Millionen Euro ist.

Wohin ein Großteil jener rund 107 Millionen Euro Bestechungsgelder, die nachweislich über diverse Briefkastenfirmen in den Netzwerken „Vector Aerospace“ und „Mensdorff-Valurex“ geleitet wurden, im Detail geflossen sind, wird derzeit ermittelt.

Teure Beratungsleistungen: Von insgesamt rund 25 Millionen Euro, die Peter Hohegger und seine Firmen von der Telekom erhalten haben, sind laut Telekom Angaben 9 Millionen Euro ohne erkennbare Gegenleistung erfolgt. Hohegger hat Geld weitergeleitet. Auf den Empfängerlisten finden sich wieder bekannte Namen: Matthias Reichhold (FPÖ, Ex-Minister), Walter Meischberger (FPÖ, Ex-Abgeordneter), Reinhold Gaugg (FPÖ, Ex-Abgeordneter), Kurt Gartlehner (SPÖ, Abgeordneter), Klaus Wittauer (FPÖ/BZÖ, Ex-Abgeordneter) sowie 200.000 Euro „Druckkostenbeitrag“ an die Neue Freie Zeitung der FPÖ.

Ähnliche Honorare finden sich in anderen staatsnahen Firmen und öffentlichen Auftragnehmern: 6,2 Millionen Euro Honorare von den ÖBB an Hohegger; Provisionen für Hohegger, Meischberger, und andere in Bauprojekten der PORR AG und für die Vermittlung der überkauften Einmietung in den Justizturm unter FPÖ-Justizminister Böhmdorfer und der Finanz in den Terminal Tower Linz; Orange („Orange“) und blaue („Connect“, „Schmied“) „PR Agenturen“, die von Telekom und anderen öffentlichen Auftragnehmern nicht nachvollziehbare Honorare kassieren; 100.000 Euro von Hohegger an Ernst Strasser (ÖVP); 6 Millionen Euro Honorar für den „Vertrauenssteuerberater“ Dietrich Birnbacher von Jörg Haider (FPÖ dann BZÖ) und Josef Martinz (ÖVP) in Kärnten beim Verkauf der Hypo Alpe Adria. Die Liste ist unvollständig und wird täglich länger.

Anfütterung: Dazu gehören der Yachtausflug von Karl Heinz Grasser (FPÖ, dann ÖVP) mit Julius Meinl, die Zahlung der Grasser Homepage durch die Industriellenvereinigung, ein von Walter Meischberger finanzierter Seychellen Urlaub von Grasser usw.

Ausplünderung: In Bulgarien kaufte die Telekom den Mobilfunkbetreiber MobilTel über Zwischenschaltung von Martin Schlaff. Dieser und parteinahe Investoren wie Josef Taus (ÖVP) und Hannes Androsch (SPÖ) verdienten auf Kosten der Telekom und auf Risiko der BAWAG mehr als 600 Millionen Euro. Ähnlich wurde in Weißrussland agiert mit dem Kauf der MDC. Weitere solche Geschäfte des blau-schwarzen ÖBB-Vorstands sind derzeit Gegenstand von Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.

Postenbesetzungen: In der Telekom begünstigte die parteipolitische Personalauswahl zB Michael Fischer, einen engen Vertrauten von Wilhelm Molterer. Doch auch der jetzige ÖIAG-Chef und Aufsichtsratspräsident der Telekom Markus Beyrer war von 1999 bis 2002 wirtschaftspolitischer Berater im Kabinett von Wolfgang Schüssel. Zum ersten Mal in der Zweiten Republik wurde flächendeckend vom Innenministerium bis zu den Töchtern der ÖBB umgefärbt. Staatsnahe Betriebe wie die ÖBB, zentrale staatliche Bereiche wie Polizei und Justiz, bis hin zu Forschungseinrichtungen (zB Martin Graf (FPÖ) in Seibersdorf) - überall wurden ohne Rücksicht auf Qualifikation bewährte Manager durch parteipolitisch willfähige Personen ersetzt und damit verantwortungsbewusste Unternehmensführungen durch Handlanger der schwarz-blauen Plünderung verdrängt.

Verantwortungslose Manager: Wie ihre Mentoren in der Regierung nützten die Günstlinge der „Wirtschaftspartei“ ÖVP und ihre blauorangenen Handlanger ihre Funktionen zur persönlichen Bereicherung, zur Spekulation bis hin zur (versuchten) Verschiebung der Unternehmen selbst an „Freunde“. Im Fall der Telekom kam es zu der beispiellosen Kursmanipulation zur Erzielung von Millionen-Boni. Bei der ÖBB gingen hunderte Millionen Euro durch hochriskante Spekulationsgeschäfte verloren. Mit der Aktion „Minerva“ versuchte der Magna-Vorstand Wolf als Vorsitzender des Privatisierungsausschusses der ÖIAG, die Voest günstig an Magna zu verschieben. Und die AUA wurde - möglicherweise vorsätzlich - kaputtgewirtschaftet bis sie notverkauft werden musste. Die Schäden, die aus dem Planungsdebakel beim „Skylink“ Terminal entstanden sind, müssen erst abgewartet werden.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Dazu kommen weitere Formen der Korruption wie der **Staatsbürgerschafts Kauf**, der im Zusammenwirken von Jörg Haider und Wolfgang Schüssel zum System wurde. Mit Uwe Scheuch gibt es auch heute noch ein Regierungsmitglied, das sich für diese Praktiken vor Gericht zu verantworten hat.

Erst mehr als zehn Jahre nach der Wende zur Korruption beginnt deren systematische gerichtliche und parlamentarische Aufarbeitung. Es bedurfte eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, um die politische Abteilung der StA Wien aufzulösen und sicherzustellen, dass die Staatsanwälte insbesondere in Wien ungehindert durch Regierungsinterventionen ihrer Aufgabe auch in politisch bedeutenden Fällen nachkommen konnten.

Die Kontrolle ist aber auch im Bereich des Bundesministeriums für Finanzen unter Ministern von FPÖ und ÖVP weitgehend ausgeschaltet worden:

- Die FMA war nicht in der Lage, trotz dichter Hinweise ihren Kontrollaufgaben nachzukommen und die gebotenen Verfahren einzuleiten;
- Die ÖIAG hat als Eigentümervertreterin gegenüber Telekom und OMV in der Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben vollkommen versagt. Während die ÖIAG durch die große Öffentlichkeit der Telekom-Affäre zur verspäteten Kontrolle gezwungen werden konnte, verweigert sie in der OMV-Affäre, in der es ebenso um Mensdorff-Pouilly-Schmiergelder und den Verdacht von Bestechung und Geldwäsche geht, zu untersuchen.

Es gibt bisher keinen Hinweis auf Maßnahmen, die das Bundesministerium für Finanzen gegen den Kontrollnotstand gesetzt haben könnte.

So verfestigt sich der Eindruck, dass Finanzminister der Korruptionsparteien bis heute die Aufklärung der geschilderten Missstände behindern.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

DRINGLICHE ANFRAGE

1. Sind Interventionen, wie sie von Profil berichtet wurden, dass nämlich der Kabinettschef des Innenministeriums Michael Kloibmüller der Telekom gegenüber weniger Transparenz im Hinblick auf Alfons Mensdorff-Pouilly dringend geraten haben soll, im Bereich der Zusammenarbeit zwischen den von der ÖIAG anteilig gehaltenen Unternehmen und staatlichen Behörden üblich und zulässig?
2. In welcher Weise wird das Finanzministerium die Aufklärung der umfangreichen Korruptionsvorwürfe rund um Unternehmen, an denen die ÖIAG Beteiligungen hält, unterstützen?
3. Welche Maßnahmen haben Sie bisher ergriffen, um diese Vorwürfe aufzuklären?
4. Welche Maßnahmen haben Sie bisher ergriffen, um derartige Malversationen für die Zukunft zu verhindern?
5. Wann hat die ÖIAG zum ersten Mal Anzeige wegen des Verdachts hinsichtlich der Kursmanipulationen in der Telekom erstattet?
6. Wann hat die ÖIAG dem BMF zum ersten Mal über den Verdacht auf Korruption in der Telekom AG berichtet?
7. Wann hat die ÖIAG dem BMF zum ersten Mal über den Verdacht auf Korruption in der OMV AG berichtet?

8. Die ÖIAG begnügt sich im Fall „OMV“ mit der einfachen Erklärung des OMV-Vorstands, „das sei ein alter Fall und längst erledigt“. Was haben Sie unternommen, um die ÖIAG von der Notwendigkeit einer genauen Prüfung der OMV zu überzeugen?
9. Wann hat die FMA erstmalig Ermittlungen wegen der Kursmanipulationen in der Telekom aufgenommen?
10. Was war das Ergebnis dieser Ermittlungen?
11. Weshalb wurden die Ermittlungen der FMA gegen die Telekom-Manager im Jahr 2004 wieder eingestellt?
12. Worin sehen Sie die Gründe für das jahrelange Versagen der Kontrolle in Ihrem Ressort?
13. Wie beabsichtigen Sie in Zukunft eine effiziente Kontrolle des Verhaltens von Unternehmen, an denen die ÖIAG beteiligt ist zu gewährleisten?
14. Ist eine unabhängige Aufklärung im Bereich der Telekom durch die von Aufsichtsratspräsident Beyrer angekündigte „Taskforce“ gewährleistet, zumal Beyrer selbst politisch durch seine Arbeit für das Kabinett von Wolfgang Schüssel vorbelastet ist und Franz Geiger aus dem Siemens-Konzern stammt, wobei dieser Konzern selbst mit massiven Korruptionsvorwürfen zu kämpfen hatte?
15. Welche Honorare hat das Bundesministerium für Finanzen von 1999 bis heute an Herrn Peter Hochegger bzw. diesem zuzurechnende Unternehmen bezahlt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
16. Was war die Leistung?
17. Wie hoch war das Budget für das Projekt Adonis / mastertalk im Bereich des BMI?
18. Wie hoch war demgegenüber das Budget für das Projekt Tetron/ BOS am Beginn der Einführung?
19. Um welchen Betrag wurde das Budget des BMI für das Projekt Tetron / BOS bisher überschritten bzw. erhöht?
20. Entspricht der Bericht im Kurier vom 31.8.2011 den Tatsachen, wonach von der Republik eine Abschlagszahlung von 29,9 Mio Euro für die „ausgeboteten“ Anbieter geleistet wurde?
21. Welche Zusatzkosten dieser Überschreitungen entfallen auf die einzelnen Bundesländer?
22. Welche Kosten verursachte bis heute die Übersiedlung der Finanzlandesdirektion Linz in den Terminal Tower Linz?
23. Wie hoch sind die entgangenen Mietzahlungen an die BIG und die damit verbundenen Leerstände auf Grund von Fremdeinmietungen der Linzer Finanzämter und der WU-Wien?
24. Wurden jene rund 600 Millionen Euro Gewinn, welche Martin Schlaff, Josef Taus und Hannes Androsch bzw. deren Unternehmen und ihre Geschäftspartner aus dem Kettenkaufvertrag über die bulgarische Mobilitel lukrierten in Österreich versteuert?
25. Falls nein: mit welcher Konstruktion wurde diese Versteuerung verhindert?
26. Welche Schritte zur Aufklärung der Vorgänge rund um die 1 Million Euro Sonder-„Jugendförderung“ an den ÖFB, welche tatsächlich zur Abdeckung von Steuerschulden gewährt und genutzt worden sein dürfte, habe Sie bisher gesetzt?
27. Haben Sie bereits die Finanzprokurator angewiesen, Schadenersatzforderungen der Republik gegenüber früheren Regierungsmitgliedern, Funktionären, Managern und Beratern wegen der zu Tage getretenen Sachverhalte zu prüfen?

28. Falls nein: wieso nicht? Falls ja: in welchen Fällen?
29. Wie hoch bewertet Ihr Ressort den Schaden für die Republik Österreich, der unter der schwarzblauen Regierung jährlich durch Korruption entstanden ist?
30. Wie hoch bewertet Ihr Ressort den Schaden für die Republik Österreich, der heute jährlich durch Korruption entsteht?
31. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um diesen jährlich entstehenden Schaden senken?

In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung gemäß § 93 Abs. 1 GOG verlangt.